

Krakauer Zeitung.

Nr. 73.

Samstag, den 29. März

1862.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierterjähriger Abon-

VI. Jahrgang.

nementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Kr., mit Versendung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit
die erste Einladung 7 Kr., für jede weitere Einladung 3½ Kr.; Stempelgebühr für jede Einladung 30
Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Platten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Einladung zur Pränumeration auf die „Krakauer Zeitung“

Mit dem 1. April 1862 beginnt ein neues vierjähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1862 beträgt für Krakau 4 fl. 20 Kr., für auswärts mit Inbegriff der Postzuführung, 5 fl. 25 Kr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krakau mit 1 fl. 40 Kr., für auswärts mit 1 fl. 75 Kr. berechnet.

Bestellungen sind für Krakau bei der unterzeichneten Administration, für auswärts bei dem nächstgelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

Die Administration.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterschriebenem Diplome den Oberst und Commandanten des Litterarischen Infanterie-Regimentes Nr. I Adolph Vermann in den Adelsstand des österreichischen Kaiserstaates mit dem Ehrentitel „Edler“ allergrößt zu erheben geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 15. März d. J. den erledigten gräflich Rieskowschen Siedlungsbolz im freiheitlichen adeligen Domänenstift zu den heiligen Engeln in Prag der Hermann Bohuslav Otto schub allergrößt zu verleihen geruht.

Die königl. Hofkanzlei für das Königreich Dalmatien, Croatiens und Slawoniens hat die Wiederwahl des Joseph Cordasik zum Präsidenten und jene des Joseph Horning zum Vicepräsidenten der Cölster Handels- und Gewerbeschamber bestätigt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 29. März.

Das dänische Ministerium des Auswärtigen hat wie man den H. N. aus Kopenhagen, 24. März meldet, gleichzeitig mit seiner Antwortdepeche vom 12. März an Österreich und Preußen eine Circularnote an die verschiedenen europäischen Gabinete abgesandt, worin, auf Grund der bedenklichen Wendung, welche der Streit mit Deutschland aus Anlaß der letzten Schritte der deutschen Großmächte genommen hat, die ganze Situation geschildert und gesagt wird, daß Preußen frühere Uebergriffe unfehlbar neue und stärkere Uebergriffe zur Folge haben würden, gegen welche Europa mit Kraft austreten müsse, wenn es Dänemarks Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu wahren wünsche.

In der Bundestagsitzung vom 27. d. wurde der Ausdruck-Antrag auf Anschluß an die Verwahrung wegen Einverleibung Schleswigs angedommen. Kurhessen gab die Erklärung wegen des österreichisch-preußischen Antrages ab.

In der deutschen Politik ist bei einer vielerörterten Angelegenheit ein Schluß eingetreten. Sämtliche Regierungen der identischen Note haben die preußische Rückantwortnote vom 14. Februar wieder bestätigt, und zwar in vertraulichen Depechen, deren Hauptinhalt derjenige gewesen, daß man die Verwahrung wiederholen müsse; es sei zu bedauern, daß Preußen auf die Gründe gegen den Bundesstaat gar nicht eingegangen und sonach hält man weitere Vorschläge über Bundesreform für unnütz, doch hoffe man, daß damit der Meinungs austausch nicht abgebrochen werde.

Auf diese Depechen, schreibt man der „Schles. Bdg.“ aus Berlin, erfolgten preußischerseits wieder vertrauliche Depechen, welche die befreifenden Gesandten den Staatsministern vorzulegen beauftragt waren, jedoch so, daß Kopien derselben nur auf ausdrückliches Verlangen der einzelnen Gabinete einzuhändigen wäre, so wie der Ton der eingelaufenen Depechen gewesen.

So sind diese bald milder, bald schärfer beanwortet worden. Preußen erklärt, nach der Schles. Zeitung, bei einer so unliebsamen Maßregel einer identischen Verwahrung, die durch nichts provocirt worden, habe es sich nicht veranlassen können, auf die Gründe der Note sich einzulassen.

Nehme man dieses zum Vorwande, um keine anderweitigen Bundesreformen vorzuschlagen, so wisse es, daß die bezweckten Reformpläne auf die deutschen Ideen hinauslaufen würden,

welche von den beteiligten Regierungen kurz zuvor genehmigt worden wären. Preußen sei sehr gern bereit, zu prüfen, ob andere Reformprojekte mehr genügen könnten. Doch könne es nicht umhin, den Wunsch auszusprechen, daß mit diesem Schriftstücke der Brief noch über die identische Note, und was daran hänge, ein Ende nehmen müsse, da die deutsche Sache nichts dadurch gewinnen könne. Die sächsische Depeche ist etwas anderes und schärfer beantwortet worden, weil

sie den Satz enthalten hatte, die identische Note habe bewiesen, daß die Mittelstaaten Preußens Politik nicht haben wollten, sonach könne diese nicht durchdringen und würden die großdeutschen Pläne den Vorzug erhalten; blos die hanoversche Regierung hätte in einer langen Note geantwortet, welche sich in weitschweifige Untersuchungen über Bundesstaat und Staatenbund eingelassen hatte; ihr ist in einer sehr kurzen Note geantwortet worden, welche einfach den Empfang jener Note constatirt und ebenfalls den Wunsch eines Abschlusses so unersprießlichen Briefwechsels ausspricht.

Eine Circularnote des Grafen Bernstorff an die bei den auswärtigen Höfen accreditedire preußische Diplomatie wird dem Vernehmen nach vorbereitet, in welcher die Gesichtspunkte näher dargelegt werden, unter welchen Graf Bernstorff die jüngst in Preußen stattgehabten Cabinetsänderungen angesehen und den fremden Regierungen zu erläutern wünscht. Betont wird — und zwar insbesondere allen deutschen Cabineten gegenüber — daß Preußens Haltung in den deutschen Fragen in keiner Weise eine Modification erfahren habe.

Weimar und Reuß j. L. werden, wie die Volkszeitung gehört haben will, die unter dem vorigen preußischen Ministerium begonnenen Verhandlungen wegen Abschluß einer Militärconvention mit Preußen nicht fortsetzen.

In Frankfurt waren dieser Tage preußische, nassauische und hessische Eisenproducenten versammelt, um Maßregeln gegen die Annahme des deutsch-französischen Handelsvertrages in Betracht zu ziehen.

Der Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und der Türkei soll vor einigen Tagen, wahrscheinlich am 20. März, in Konstantinopel vom preußischen Geschäftsträger Hrn. v. Nehfus unterzeichnet worden sein.

Die Unterzeichnung des französisch-italienischen Handelsvertrages soll von Paris ausvertragt worden sein, und es wäre das jüngste Aufstreiten der prohibitionistischen Partei in der Kammer nicht ohne Einfluß auf diesen Entschluß gewesen. Man will derselben nicht allzu viel Vorwand zu neuen Alogien und Agitationen geben.

Lavalette's Reise nach Paris, schreibt man der „N. P. Z.“, hat nur den Zweck dem Kaiser und dem Herrn Thouvenel ausführlichen Bericht über die Lage der Dinge in Rom abzustatten. Die Reden des Herrn Billault im Senat und im gesetzgebenden Körper hatten sowohl den Herrn Lavalette, als den Herrn Benedetti (in Turin) in eine schiefe Lage gebracht; nachträglich verlautet, daß der Estiere dringend um die Erlaubnis gebeten habe, nach Paris zu kommen, um sein Herz auszuschütten. Das ist der Zweck der Reise des Herrn Lavalette, der sich übrigens auch noch aus anderen Gründen sehr unbehaglich in Rom befindet, wo er nicht, wie ehedem in Konstantinopel, das große Wort führen kann, wohl aber einem Staatsmann, dem Cardinal Antonelli, gegenüber steht, der ihm in jeder Beziehung überlegen ist.

Der Kaiser L. Napoleon soll Herrn Nigris sein Bedauern über die gegenwärtigen italienischen Missionen zu Ehren Garibaldi's haben ausdrücken lassen. Sie stimmen nicht zu seiner, des Kaisers, augenblicklichen Politik.

In Turin spricht man von neuen Gabinettsänderungen. Die „Italie“ stellt eine Combination auf, in der Nigris, Conforti, Longo, Matteucci vertreten sind. Einem anderen und unwahrscheinlichen Gerüchte folge würde La Marmora, der sich augenblicklich bekanntlich als commandirender General in Neapel aufhält, die Präsidenschaft und das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen. Das Portefeuille des Innern würde in Ratazza's Händen verbleiben. (S. u. N. Nach.)

Die „Liris“ bringt eine aus Neapel datirte Correspondenz, in welcher der piemontesischen Herrschaft in Südtalien ein ungünstiges Horoskop ge stellt wird.

Wie es heißt, sagt die „Patrie“, bat in Folge der leichten Nachrichten aus Athen das Turiner Cabinet

darauf verzichtet, ein Geschwader nach den griechischen Gewässern abzusenden. Dasselbe werde sich darauf beschränken, zwei Dampfskorvetten nach der Küste dieses Landes zu senden, um die Interessen sardinischer Unterthänen zu schützen, die übrigens bis jetzt noch keinen Augenblick von der Insurrection bedroht gewesen seien.

Das Diritto enthält zwei offene Briefe Garibaldi's an die italienische Geistlichkeit (vom 5. Dec. v. 3. und 12. März d. J.), in welchen er dieselbe in starken, zum Theil überschwänglichen Ausdrücken fordert, sich der Sache der italienischen Erhebung gegen den Vatican anzuschließen.

Beschluß des Reichsrathes erheben, so möge man sich nur an die Herren Deputirten wenden, die so viel Koketterie mit ihrer werthen eigenen Person treiben, daß sie die realen Interessen ihrer Kommittenten einem Knalleffekt zu lieben im Stiche ließen.

Der „Widoodan“ gegen die „Ost. Post“ polemisiert erklär, Serbien fordere nur die Erfüllung eingesagter Verpflichtungen; dieses sei keine Beleidigung, daher sei auch ein Einfall der Türken unglaublich. Uebrigens vermöge Serbien unliebsame Gäste zurückzuschlagen und auch die Kühnheit derselben zu bestrafen.

Die Nachrichten aus Newyork lauten fortwährend überaus günstig für die Waffen der Nordstaaten. Der Präsident Lincoln hat für den 22. März ein allgemeines Vorruhen angekündigt. Die Newyorker Times bezeichnet das Aufgeben des Forts Manassas durch die Secessionisten als gleichbedeutend mit dem Eingeständniß, daß der Krieg zu Ende sei.

In militärischen Kreisen zu Paris will man wissen,

dass die französischen Truppen in Mexico von dem Klima furchtbar mitgenommen werden, und daß schon deshalb, abgegeben von allen politischen Conjunctionen, zwei Regimenter und eine Schwadron Reiterei nachgeschickt werden müssen. Im Allgemeinen hat man Meinung.

Die „Ostdeutsche Post“ bringt einen zweiten Artikel über das Vertragen der Polen und Czechen von wenigstens vom Sitzungsstaat fern zu halten, ein solcher Einfall der Minorität, bei jeder ihr unliebsamen Wendung der Debatte „nicht mehr mitzuspielen“ und zu versuchen, ob sie die Kammer nicht durch ihren Aufmarsch zur Beschlussunfähigkeit verdammen kann, eine Unmöglichkeit sein würde. Sich wählen lassen, um die Vorrechte der dadurch erlangten bevorzugten Stellung zur Förderung particularischer Zwecke auszubeuteten, ist geradezu ein Vertrauensbruch zu nennen. Glücklicherweise hat die Mehrheit der Reichsratsabgeordneten einen richtigeren, höheren Griff von ihren Rechten und Pflichten und wird sich durch die höhne Phrasen, die zur Bemittelung dieses regierungseindlichen Voranges aufgetischt wurden, sich nicht irre machen lassen. So erklärte, schreibt die „Ostdeutsche Post“, Grocholski: „nur dem Zusammenwirken aller Völker der österreichischen Monarchie wohne die Macht inne, unser zerstüttetes Finanzwesen zu ordnen.“ Nun versichern kundige Stimmen aus Pest neuerdings, daß „auch die heutigen ungarischen Staatsmänner, gerade so wie Baron Bay, das Oktoberdiplom nur als einen Ausgangspunkt, als Endziel aber die vollständige Restaurierung der avischen Verfassung betrachten.“ Wenn demnach der Ungar auf seinem Reichsrath erscheint, sei es ein Diplom- oder ein Patent-Reichsrath, da für ihn das Steuerbewilligungsrecht des Pester Landtages den Kern der Frage bildet, die Czechen und Polen aber nicht mitberathen, so lange Ungarn zögert, weil nur das „Zusammenwirken aller Stämme“ den Finanzanzen aufzuholen vermöge: was bleibt da übrig? Nichts, als daß das Abgeordnetenhaus ruhig seinen Weg forschreite, unbekümmert darum, wie einige Dutzend schismatischer Mitglieder sich mit ihrem Gewissen und ihren Wählern zurechte finden mögen. Böhmen ist im Abgeordnetenhaus reich vertreten, auch wenn die handvolle Leute, die durch die Indolenz der Deutschen in Böhmen augenblicklich (aber sicher nur vorübergehend) dort die Herren spielen, komisch haften Entfernung- und Eintrittsscenen in dem Hause aufzuführen. Auch Galizien hat seine Vertreter, und zwar sind dies die Repräsentanten der Majorität des Landes; der dauerlichen Bevölkerung. Ob nun die Edelleute und ihr kleiner Anhang nur bei einer halben oder bei einer ganzen Sitzung anwesend sein wollen, oder, die Interessanten spielen, sich diesen oder jenen Gegenstand auswählen, der ihrem Geschmacke zufällt, und von jenem sich ferne halten, weil er ihnen nicht mündet, davon wird der Reichsrath kaum Notiz nehmen können. Mögen die Herren in den Korridors, auf den Galerien oder im Kaffeehaus die Zeit tödten, während die Majorität mit anstrengendem Fleife arbeitet; die Früchte dieser Arbeit werden Galizien und Böhmen eben so zu Gute kommen, als wenn die Secessionisten an den Arbeiten mit Theil genommen hätten. Sollte sich später — was ja auch möglich ist — in jenen Ländern eine Klage über diesen oder jenen

Dem in diesen Tagen veröffentlichten vierzehnten Rechnungsbericht des Comites der Krakauer Kleinkinder bewährten Alten vom 1. Januar bis 30. Dezember 1861 entnehmen wir folgende Daten. Seit dem 1. Juli übernahmen zwei Schwestern Felicitas und provisorisch für 1 Jahr die Leitung der 1. Anstalt mit dem Jahresgehalt von je 150 fl. österr. Währ. Von 4 deshalb entfernten Knaben kehrten 3 zu den Eltern zurück, 1 übersiedelte zu den PP. Jesuiten. Die Zahl der Mädchen ist von nun auf 12 verblieben, in Ungarn gut vorbereitet. Deshalb müssen die polnischen Abgeordneten Galiziens davon Geben, wenn das Abgeordnetenhaus Finanzgegenstände behandelt. Müssen? Nein! Die Pflicht, das Interesse und die Stimme der Bevölkerung, die sie vertreten, beruft sie zur Teilnahme an den Finanzverhandlungen des Reichsrathes.

Krakau, 29. März.

Dem in diesen Tagen veröffentlichten vierzehnten Rechnungsbericht des Comites der Krakauer Kleinkinder bewährten Alten vom 1. Januar bis 30. Dezember 1861 entnehmen wir folgende Daten. Seit dem 1. Juli übernahmen zwei Schwestern Felicitas und provisorisch für 1 Jahr die Leitung der 1. Anstalt mit dem Jahresgehalt von je 150 fl. österr. Währ. Von 4 deshalb entfernten Knaben kehrten 3 zu den Eltern zurück, 1 übersiedelte zu den PP. Jesuiten. Die Zahl der Mädchen ist von nun auf 12 verblieben, in Ungarn gut vorbereitet. Deshalb müssen die polnischen Abgeordneten Galiziens davon Geben, wenn das Abgeordnetenhaus Finanzgegenstände behandelt. Müssen? Nein! Die Pflicht, das Interesse und die Stimme der Bevölkerung, die sie vertreten, beruft sie zur Teilnahme an den Finanzverhandlungen des Reichsrathes.

